

Lob von höchster Stelle

Das wollen wir Ihnen nicht vorenthalten. Aus dem Olymp des deutschen Zeitungswesens, also aus der Redaktion des Tagesspiegels am Askanischen Platz, kommt heute folgender Satz: „Die Richtung der rot-rot-grünen Haushaltspolitik stimmt.“

In einem Kommentar schreibt Ulrich Zawatka-Gerlach: „Mit dem neuen Paket für den landeseigenen Investitionsfonds, immerhin geht es um 650 Millionen Euro, hat der Senat ... alles richtig gemacht.“

UZG warnt jedoch einleitend: „Berlin muss aufpassen. Die goldenen Jahre sind bald vorbei, der grandiose Wirtschaftsboom in Deutschland und seiner Hauptstadt hat keinen Ewigkeitwert. Wenn es für Rot-Rot-Grün ganz dumm kommt, könnte schon der Landeshaushalt im Wahljahr 2021 wieder in die Verlustzone geraten. Nur eine vorausschauende Finanzpolitik kann verhindern, dass in absehbarer Zeit wieder schmerzhaft Sparpläne geschmiedet werden müssen.“

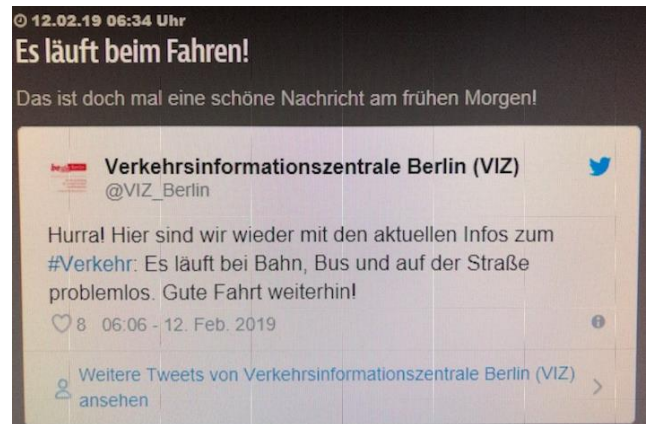
Die Koalition aus SPD, Linke und Grüne müssten dann wieder Abstand von ihrer „Großzügigkeit“ nehmen. Zawatka-Gerlach erinnert daran, dass die Kosten der Teilung Berlins immer noch schwer wiegen. „Bis Mitte der neunziger Jahre war Bruder Leichtsinn unterwegs. Christ- und Sozialdemokraten haben das nicht vorhandene Geld damals nur so herausgehauen, der Schuldenberg stieg auf über 61 Milliarden Euro. Es grenzt an ein Wunder, dass Berlin nicht pleiteging.“

Heute, so der Tagesspiegel-Redakteur, „wirtschaftet die Stadt einigermaßen solide. Das zeigt sich vor allem daran, dass seit 2015 hohe Rücklagen für schlechtere Zeiten angelegt werden. Es wird wieder mehr investiert, wenn auch immer noch zu wenig, weil das vorhandene Geld nicht schnell genug in Zement, Stahl und Holz umgewandelt werden kann. Es wird zusätzlich ein Polster angelegt, um ab 2020 die bundesweite Schuldenbremse auch in Berlin einhalten zu können – und zum ersten Mal wird ein dreistelliger Millionenbetrag in den öffentlichen Pensionsfonds gesteckt, denn die Zahl der staatlich alimentierten Ruheständler nimmt jährlich zu. Ob das alles am Ende reichen wird, ist schwer absehbar. Aber die Richtung der Haushaltspolitik stimmt.“

Der Tagesspiegel (einschl. Potsdamer Neueste Nachrichten) ist, neben der Main Post, die einzige deutsche Tageszeitung mit einem Auflagenplus (+0,8%), Auflage 93.000. BZ 70.500 (-11,7), Berliner Zeitung 70.000 (-5,6), Berliner Kurier 53.000 (-10,7), Berliner Morgenpost 52.500 (-7,0). Die Angaben entstammen der IVW-Analyse (Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern) von 2018/II im Vergleich zu 2017/II.

Ed Koch

Es läuft



Quelle: BZ online

Die Berliner Medien haben seit langem ein Auge auf die BVG geworfen. Im Wesentlichen wird über Ausfälle und Verspätungen berichtet, aber nicht darüber, wie viele Busse und Bahnen pünktlich ihr Ziel erreichen. Das sind nämlich über 95 Prozent. In Berlin wird alles schnell zur Krise erklärt. In unserem Newsletter vom 23. Januar 2019 schrieben wir:

„Wir sollten aber die Verhältnismäßigkeit wahren. Eine Krise sieht anders aus. Es könnte diese Krise in Kürze geben, wenn sich nämlich unser Finanzsenator Matthias Kollatz nicht mit der Gewerkschaft bei den laufenden Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst verständigt. Dann könnten die frustrierten BVGler mal zeigen, wie im Rahmen eines Warnstreiks eine echte Krise aussieht. Gabs übrigens schon in früheren Jahren. Und erstaunlicher Weise ist die Welt nicht untergegangen.“

So, und nun steht dieser Warnstreik bevor. Am Freitag stehen Busse und Bahnen still, nur die S-Bahn wird unterwegs sein. Dann können sich alle mal in Ruhe anschauen, was eine Krise ist, um es danach schätzen zu lernen, wenn alles wieder läuft. Schon morgen streiken die Kitas. BVGlern und Kita-Erzieher/innen sollte man nun endlich das bezahlen, was ihnen zusteht. Die FDP ist verzweifelt: „Nicht nur, dass die Hauptstadt in vielen Bereichen nicht funktioniert, nun kommen auch monatliche Warnstreiks dazu“, sagte Florian Swyter. Aber: „Es sei ‚absolut verständlich‘, dass die Arbeitnehmer sich Gehör verschaffen wollen. Doch das Geld sei begrenzt.“

Quelle: Berliner Zeitung

Die Prioritätensetzung ist falsch. Kostenlose Kitas und Schülertickets sind der falsche Weg, weil Menschen davon profitieren, die es nicht nötig haben, alimentiert zu werden. Das Geld sollte man lieber den Beschäftigten bei der BVG und in den Kitas geben.

Ed Koch